noch von japanischer Seite bestimmte Vorschläge vorlägen. Sollte ein Vorschlag gemacht werden, so werde er mit größtem Wohlwollen von Japan geprüft werden. Japan werde es vorziehen, wenn es zu einer Intervention in Sibirien komme, dies auf eigene Faust zu machen, wobei dann die Alliierten nur als Berater und als freundschaftliche Zuschauer danebenstehen würden. Goto sagte ferner, daß Japan den Bolschewismus ebenso hasse, wie das deutsche Gewaltprinzip, und daß es alles tun werde zur Vernichtung beider. Für diese Dinge erwarte Japan jedoch gewisse Kompensationen. Goto will nicht leugnen, daß in Japan deutschfreundliche und antibritische Elemente vorhanden seien, aber diese seien nicht stark genug, um die Politik des Landes in ihren Hauptrichtlinien zu beeinflussen. Japan werde der Allianz mit England und dem deutschfeindlichen Bündnis treu bleiben und habe dafür schon große Dienste geleistet. Es würde nicht schwierig sein, Rußland wieder in den Sattel zu heben. Wilson habe den Weg gewiesen, auf dem man Rußland helfen könne, und Japan sei bereit, im Auftrag der Alliierten diese Aufgabe auf sich zu nehmen.

Das chinesisch-japanische Bündnis.

Der „Temps" meldet aus Peking: Der Minister für auswärtige Angelegenheiten bestätigt, daß China und Japan einen Vertrag geschlossen haben, der einen offensiven Charakter habe. Der Vertrag sei die Folge der Kriegserklärung Chinas an Deutschland und des Anschlusses Chinas an die Entente.

Zur Regelung der Ein- und Auswanderung.

Errichtung einer Reichswanderungsstelle.

Nach Abschluß der Friedensverträge mit der Ukraine, Großrußland, Finnland und Rumänien hat ein erheblicher Strom von Reichsdeutschen und Deutschrussen eingesetzt, die unter Aufgabe ihres bisherigen Wohnortes im Auslande eine dauernde Niederlassung in Deutschland oder in den unter deutschem Schutz stehenden Staatsgebieten erstreben. Nach Eintritt des Friedenszustandes mit den anderen feindlichen Staaten ist eine weitere Rückwanderung deutscher und deutschstämmiger Ausländer zu erwarten. Diese für den Wiederaufbau unserer Volkskraft, Wehrkraft und Nährkraft wertvolle Rückwanderungsbewegung bedarf zur Vermeidung von wirtschaftlichen Schäden und Mißerfolgen einer organischen Regelung, ebenso die etwas später wieder eintretenden Auswanderungsbestrebungen. Für diese Aufgabe wird eine Reichszentralstelle dem Reichsamt des Innern mit dem Namen „Reichsstelle für deutsche Rückwanderungen und Auswanderungen und Reichswanderungsstelle" geschaffen werden. Ihr wird ein sachkundiger Beirat beigegeben. Zum Vorsitzenden ist der Geheime Oberregierungsrat und Vortragende Rat im Reichsamt des Innern Dr. Jung ernannt.

Sachsen und Litauen.

Die Personalunion.

Das Dresdner Hofkreisen nahestehende Zentrumsblatt die „Sächs. Volksztg." schreibt in einer Auseinandersetzung mit Erzberger: In sächsischen, reichsdeutschen, in Berliner und litauischen Kreisen erstrebt man eine Personalunion zwischen Sachsen und Litauen, d. h. der König von Sachsen soll gleichzeitig Herzog von Litauen sein. Auf keinen Fall aber soll die sächsische Regierung gleichzeitig die Regierung von Litauen sein, sondern Litauen erhält eine aus Litauern gebildete Regierung mit dem König von Sachsen an der Spitze. Regiert wird nach litauischen und nicht nach sächs. Gesetzen. Kein Mensch denkt daran, sächsische Gesetze auf Litauen zu übertragen, sondern litauische Staatsmänner arbeiten die Gesetze aus, die für das Land maßgebend sind, und eine in Litauen gewählte Körperschaft wird das Parlament bilden. Ein sächs. Minister darf auf die litauische Gesetzgebung keinen Einfluß haben, das verlangen schon die katholischen Litauer ganz allein, und vom allgemeinen katholischen Standpunkte aus ist dies eigentlich selbstverständlich. Ob der König einen Statthalter hinsetzt oder ob er selbst ab und zu hinreist, verdient von ihm selbst erwogen zu werden. Jedenfalls halten viele Leute in Litauen und in Sachsen diesen Weg für gangbar; ob er begangen wird, muß die Zeit lehren.

Kleine politische Meldungen.

Der Präsident des Reichsversicherungsamtes Kaufmann wurde am Mittwoch in Sofia vom Kronprinzen Boris und vom König empfangen. Die Vereinigung zur Entwicklung kultureller und ökonomischer Beziehungen mit Deutschland und der Verein bulgarischer Gelehrter, Künstler und Schriftsteller gab zu seinen Ehren ein Frühstück, an dem auch der Unterrichtsminister teilnahm. Der Vorsitzende der Vereinigung Georgieff brachte den Trinkspruch aus, in welchem er Herrn Kaufmann besonders als Vertreter des großartigen deutschen Organisationsgenies feierte. Später hielt Präsident Kaufmann in der Universität Sofia einen Vortrag über deutsches Versicherungswesen. Unter den Anwesenden befanden sich Vertreter des Hofes, der Regierung, der verbündeten Gesandschaften und Konsulate, sowie führende Politiker aller Parteien. Am Abend verliehen die Herren Paasche und Kaufmann Sofia mit dem Balkanzuge.

Amtsentbindung Dernburgs. Der Staatssekretär a. D. Dernburg, welcher als Leiter der nach dem Friedensschluß mit der Ukraine für den Handelsverkehr von Staat zu Staat geschaffenen Außenhandelsstelle diese schwierigen Fragen bearbeitete, ist vom Reichskanzler auf sein Ersuchen von dem ehrenamtlichen Posten entbunden worden. Der Reichskanzler hat bei dieser Gelegenheit ein schmeichelhaftes Dankschreiben an Dernburg gerichtet.

Der Nationalitätenkampf in Böhmen. Die Wiener Blätter melden aus Prag: Der tschechische Nationalrat beschloß eine Kundgebung gegen die Kreisverordnungen der Regierung, in der er erklärt, daß die tschechische Nation gegen die Verordnungen mit allen Mitteln kämpfen werde. — In Teschen wurde ein glänzend besuchter Volkstag veranstaltet, auf welchem die Gründung des ostschlesischen Deutschen Volksrates erfolgte. Eine Reihe von Entschließungen wurde angenommen, deren eine sich gegen die allpolnische Hetze für Lostrennung Schlesiens von Oesterreich ausspricht und erklärt, daß die Deutschen Schlesiens treue Untertanen des Kaisers von Oesterreich bleiben wollen.

v. Linsingen Nachfolger des Generalobersten v. Kessel. Als Nachfolger des verstorbenen Generalobersten v. Kessel ist Generaloberst v. Linsingen, der glänzend bewährte Heerführer, zum Oberstkommandierenden in den Marken (Berlin) ernannt worden. v. Linsingen ist 68 Jahre alt.

Ein großer Transportdampfer versenkt! Die britische Admiralität meldet: Der Transportdampfer „Leasowecastle" (9787 Bruttoregistertonnen) ist im Mittelmeer am 26. Mai durch ein feindliches Unterseeboot torpediert worden und gesunken. Neun Angestellte der Gesellschaft werden vermißt. Man nimmt an, daß sie ertrunken sind einschließlich des Kapitäns und 2 Funkentelegraphisten. Weiter werden noch 18 Militärs im Offizierrang und 79 andere Grade vermißt.

Ein Sieg der Bolschewiki. Wie das Pressebureau beim Rat der Volkskommissare in Moskau meldet, haben die Truppen der Bolschewiki die Armee des Generals Semenow, der mit englischer und japanischer Unterstützung von Chardin aus versucht hatte, die Monarchie zunächst in Sibirien wieder aufzurichten, vernichtend geschlagen. Semenows Truppen wurden vollständig zerstreut.

Streikbewegung in Japan. „Prawda" vom 4. 5. 18 schreibt: Seit Beginn des Krieges hat die Teuerung in Japan ständig zugenommen. Die Folge ist eine wachsende Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft. Streiks mit der Forderung nach höherem Lohn und besserer Behandlung sind eine häufige Erscheinung. Die Preise der notwendigsten Bedarfsgegenstände sind um 60—70 v. H., die Löhne aber nur um 6 v. H. gestiegen. Der Streik auf der Werft im Nagasaki war einer der ernstesten in der Geschichte der japanischen Arbeiterbewegung. An ihm beteiligten sich 10 000 Arbeiter. Auf anderen Werften kam es ebenfalls zu Ruhestörungen, an welchen 5000 Arbeiter teilnahmen.

Von Stadt und Land.

Aue, 31. Mai.

Stadtverordnetensitzung zu Aue

am 30. Mai 1918.

Gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Körperschaften.

Anwesend sind Bürgermeister Hofmann, die Stadträte Schubert, Blechschmidt, Fischer, Georgi und Hiltmann und 14 Stadtverordnete.

Zunächst fand um 5 Uhr eine gemeinschaftliche Sitzung des Rates und der Stadtverordneten statt zwecks Vornahme der Auslosung von Stadtschuldverschreibungen. Den Vorsitz führte Bürgermeister Hofmann. Dieser begrüßte den seit mehr als dreijähriger Abwesenheit zum ersten Male aus dem Felde auf Urlaub heimgekehrten, im Saale anwesenden Vorsteher des Stadtverordnetenkollegiums, Herrn Justizrat Raabe aufs herzlichste. Sodann erfolgte die Auslosung.

Die Auslosung.

Es wurden ausgelost:

Litera A (500 Mk.)	Nr.	25	152	122	373	166	111	184
		113	202	161				
Litera B (300 Mk.)	Nr.	282	97	71	33	134	19	130
Litera C (200 Mk.)	Nr.	56	203	280	269	270	35	14

Vizevorsteher Bär richtete an den Bürgermeister die Anfrage, ob rechtliche Bedenken dagegen beständen für die Auslosungen, die für die städtische Wirtschaft belanglos seien, künftig nicht mehr den großen Apparat einer gemeinschaftlichen Sitzung der städtischen Körperschaften aufzuwenden, sondern sie etwa durch den Rechnungs- und Finanzausschuß vornehmen zu lassen. Falls keine Bedenken bestünden, würde er einen dahingehenden Antrag stellen.

Bürgermeister Hofmann schilderte kurz die Vorgeschichte der zur Verlosung gekommenen Städtischen Anleihe und legte dar, daß es seiner Ansicht nach fraglich sei, ob man einseitig vom Anleihevertrage zurücktreten könne. Er empfehle der Sicherheit halber, die Sache dem Ministerium zur Entscheidung zu unterbreiten. Der Rat seinerseits würde dann gegen die Durchführung der Verlosung durch den Rechnungs- und Finanzausschuß nichts einzuwenden haben.

Stadtv. Roßner meinte, es sei fraglich, ob die Oeffentlichkeit bei dem Auslosungsverfahren ausgeschaltet werden dürfe. Vizevorsteher Bär bat, den Stadtrat zu beauftragen, eine Entscheidung des Ministeriums herbeizuführen. Bürgermeister Hofmann befragte das Kollegium und den Stadtrat, ob Einwendungen gegen ein künftiges vereinfachtes Verfahren bei den Auslosungen erhoben würden, sofern das Ministerium gegen dasselbe keine Bedenken habe.

Solche Einwendungen werden nicht erhoben, worauf einstimmige Annahme des vorerwähnten Antrages Bär erfolgte.

Vizevorsteher Bär teilte sodann mit, daß bei ihm Klagen darüber eingelaufen sind, daß einige Stadtteile ohne Wasser seien, während andererseits der Sprengwagen mitten in der Stadt umherfahre. Redner bat den Bürgermeister, der Angelegenheit näher zu treten.

Bürgermeister Hofmann erwiderte, es sei ihm bisher noch nichts davon bekannt geworden — bei eventuell einlaufenden Meldungen würden sofort Maßnahmen zur Abhilfe getroffen werden.

Stadtrat Fischer erklärte gleichfalls, daß ihm von einem derzeitigen Wassermangel nichts bekannt geworden sei. Sicher sei allerdings, daß ein solcher Mangel eintreten wird, da der Boden allzu tief ausgetrocknet ist.

Nachdem sodann die Lostrommeln versiegelt wurden und das Protokoll verlesen und genehmigt war, wurde die gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Körperschaften geschlossen.

Die Stadtverordnetensitzung.

Die Hiltmann-Stiftung.

Nachdem Vizevorsteher Bär den Vorsitz wieder übernommen hatte, führte er aus, der heutige Tag stehe im Zeichen der Freude. Einmal der Freude darüber, daß es im Westen vorwärts gehe, dann der Freude darüber, daß man den Vorsteher des Kollegiums nach fast vierjähriger Abwesenheit wiedersehe und ihm wünschen könne, daß er bald für immer heimkehren möge und endlich der Freude über die Stiftung des Stadtrates Kommerzienrats Hiltmann von 100 000 Mark für ein Volksbad. Redner verlas das von dem Stifter an die städtischen Körperschaften gerichtete Schreiben, in welchem von der Stiftung und ihren Zwecken Mitteilung gemacht wird und bemerkte dazu, daß, nachdem der Rat die Stiftung in seiner letzten Sitzung angenommen habe, das Kollegium gleichfalls seine Zustimmung zu geben habe. An dieser könne wohl nicht gezweifelt werden. Nach den Wünschen des Stifters solle das Volksbad ein Jungbrunnen werden für die heimkehrenden Krieger wie für die Allgemeinheit. Er, Redner, teile diesen Wunsch und hoffe, daß das Bad nun auch bald erstehen werde. Im Namen des Kollegiums ausspreche er dem hochherzigen Stifter den Dank aus und bitte das Kollegium, sich von den Plätzen zu erheben.

Nachdem dies geschehen war, dankte Stadtrat Hiltmann in bewegten Worten für die Aeußerungen des Vizevorstehers. Er habe zu seiner Freude auch aus der Bürgerschaft viele Glückwünsche zu seiner Stiftung erhalten und auch er wünsche lebhaft, daß das Bad recht bald erstehen möchte.

Vizevorsteher Bär begrüßte hierauf den gleichfalls nach langer Abwesenheit im Felde in den Saal tretenden Stadtv. Weiß.

Eine weitere Stiftung.

Vizevorsteher Bär teilte sodann mit, daß, wie wir schon berichtet haben, ein ungenannt bleiben wollender Bürger, Mitglied des Kollegiums, aus Anlaß eines Familienfestes 3000 Mark zur Säuglingsfürsorge gestiftet und für später eine Erhöhung dieser Summe in Aussicht gestellt habe. Die Durchführung der Stiftung sei dem Stadtrate überlassen. Nach den Satzungen der am 6. Mai errichteten Stiftung sollen Mütter, die ihre Kinder mindestens 6 Monate gestillt haben, mit Prämien bis zu 50 Mark bedacht werden. Eine andere Verwendung der Stiftungsgelder sei indessen nicht ausgeschlossen. Der Stadtrat beschloß, die Schenkung von 3000 Mark als Grundstock für die Stiftung dankend anzunehmen. Er bittet auch das Kollegium um Zustimmung.

Die Annahme der Stiftung erfolgte einstimmig, ebenso wurde Vizevorsteher Bär auf seinen Antrag ermächtigt, dem Stifter den Dank des Kollegiums zu übermitteln.

Förderung der Industrie.

Vizevorsteher Bär teilte mit, daß es sich bei diesem Punkte nicht etwa um neue Pläne zur Förderung der Industrie in Aue, sondern darum handle, in einem Münchener Exportadreßbuch in der Abteilung „Neuland für die Industrie" eine Anzeige aufzugeben, in der städtisches Gelände in Aue zu industriellen Siedelungszwecken empfohlen wird. Der Rat habe für diesen Zweck 100 Mark bewilligt. Man mache der Industrie in Aue zwar den Vorwurf, sie habe während des Krieges halb geschlafen und habe den Goldstrom an sich vorbeigehen lassen — allein das sei nicht die Schuld der Auer Industrie, sondern anderer entscheidender Faktoren. Nach dem Kriege werde man allerdings den Versuch machen, von diesem Goldstrom etwas abzuzapfen.

Die Ratsvorlage wurde darauf einstimmig angenommen.

Oeffentlicher Wohnungsnachweis.

Vizevorsteher Bär legte darauf die Satzungen des in Aue zu errichtenden öffentlichen Wohnungsnachweises vor und bemerkte dazu, daß in Aue zwar schon ein Wohnungsnachweis des Hausbesitzervereins bestehe, daß auch der Stadtrat sich seit 1909 schon mit der Angelegenheit beschäftigt habe und nur durch den Krieg unterbrochen worden sei, daß es sich aber jetzt darum handle, an die Stelle des nicht lückenlosen, freiwilligen Wohnungsnachweises den Zwangsnachweis zu setzen. Auch im Sächsischen Landtage sei schon ein dahingehender Antrag zugleich auf Einrichtung einer Wohnungsstatistik eingebracht worden. Bürgermeister Hofmann habe nun einen Satzungsentwurf für den öffentlichen Wohnungsnachweis (der unentgeltlich sein wird) ausgearbeitet, der den Beifall des Hausbesitzervereins fand bis auf die Strafbestimmung in § 4, wonach auf Uebertretung der Verordnung Haftstrafe gesetzt war. Diese Bestimmung wurde ausgemerzt und durch die Androhung einer Geldstrafe bis zu 30 Mark ersetzt. Der Rat habe den Entwurf angenommen. Der Wohnungsnachweis werde auch wertvolle Unterlagen für die Wohnungsstatistik liefern.

Das Kollegium trat einstimmig dem Ratsbeschlusse bei und genehmigte die Verordnung, die am 1. Juli 1918 in Kraft tritt.

Abänderung des § 8 des Ortsgrundgesetzes.

Es handelt sich hier um die Durchführung der in der letzten Stadtverordnetensitzung gegebenen Anregung, die Summe bis zu 50 Mark, die der Rat bisher nach § 8 des Ortsgrundgesetzes nach freiem Ermessen ohne Zustimmung des Stadtverordnetenkollegiums verausgaben durfte, entsprechend zu erhöhen. Vizevorsteher Bär erklärte dazu, daß es sich um eine vorübergehende Maßnahme handle. Stadtv. Gerlach beantragte Erhöhung der Summe auf 200 Mark. Bürgermeister Hofmann machte darauf aufmerksam, daß es sich nur um eine vorübergehende Ermächtigung des Rates, nicht aber um eine Abänderung des Ortsgrundgesetzes handeln könne, da zu letzterer die Zustimmung der Kreishauptmannschaft notwendig sein würde. Vorsteher Raabe regte an, einzuschalten, daß die Summe von 200 Mark nur zu Ausgaben „wirtschaftlicher Art" verwendet werden dürfe. Nachdem Bürgermeister Hofmann Bedenken gegen diese Einschränkung geäußert hatte, zog Vorsteher Raabe seinen Antrag zurück, worauf nach weiterer Aussprache, an der sich die Stadtv. Selbmann, Haufe und Stadtrat Fischer beteiligten, der Antrag Gerlach (Erhöhung auf 200 Mark für die Kriegsdauer) angenommen wurde.

Städtische Beihilfe für die Gewerbeschule.

Es handelte sich hier um die schon in der vorletzten Sitzung des Kollegiums angeregte Zurückziehung seines früheren Beschlusses, wonach der Gewerbeschule in Aue die von 4400 auf 6000 Mark erhöhte städtische Beihilfe nur unter der Bedingung bewilligt wurde, daß die Schule Ostern 1918 in städtische Verwaltung übergehen würde. Der Beschluß hatte, wie schon in der sehr umfangreichen Aussprache in der vorletzten Sitzung des Kollegiums festgestellt worden ist, in den Kreisen des Gewerbevereins besondere Verstimmung erregt. Man empfand es dort peinlich, daß der Beschluß ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Gewerbeverein erfolgt war und daß die Schule schon 1918 in städtischen Besitz übergehen sollte, ob-